

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

48. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 3 · 21. März 2017

Offener Vollzug

Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über den offenen Strafvollzug diskutiert. Es ging um die Frage, wie viele Straftäter im vergangenen Jahr nicht in die Justizvollzugsanstalten zurückgekehrt sind. S. 3

Plenum

Die Ergebnisse der Enquetekommission „Handwerk“, die Volksinitiative zum Jagdrecht oder der Bericht des WestLB-Untersuchungsausschusses – im Plenum standen viele Themen zur Debatte. S. 4

Fall Wendt

Welche Konsequenzen sind aus dem Fall des Gewerkschaftschiefs Wendt zu ziehen? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Unterrichtung durch die Landesregierung mit anschließender Debatte. S. 5

Steuergerechtigkeit

Im Haushalts- und Finanzausschuss haben sich Sachverständige zum Thema „Steuergerechtigkeit“ geäußert. Im Schwerpunkt kommen zudem die Expertinnen und Experten der Fraktionen zu Wort. S. 9-11

Früh übt sich Juniorwahl in Nordrhein-Westfalen

2017
LANDTAGSWAHL
NORDRHEIN-WESTFALEN 

Demokratie und Wahlen

Die Wählerinnen und Wähler, die in knapp 2 Monaten über die Zusammensetzung des neuen Landtags abstimmen werden, sind mindestens 18 Jahre alt – diese Regel gilt nicht bei der „Juniorwahl“. Tausende Jugendliche aus NRW nehmen an dem Projekt teil, das von der Landeszentrale für politische Bildung und dem Landtag finanziert wird. Im Unterricht ab der 7. Klasse beschäftigen sie sich mit „Demokratie und Wahlen“, organisieren die Wahl und stimmen dann auch ab. Dabei wählen sie zwischen den gleichen Parteien und Kandidatinnen und Kandidaten wie bei der richtigen Landtagswahl. Auf das Ergebnis darf man gespannt sein, es liegt am 14. Mai nach 18 Uhr vor – gleichzeitig mit den ersten Prognosen und Hochrechnungen zur Wahl des neuen Landtags (Seite 6 und 7).

Standpunkte zur Steuergerechtigkeit

Eine Frage, die bei Wahlen häufig diskutiert wird, ist: Welche Steuern sind gerecht? Dazu hat vermutlich jeder Bürger und jede Bürgerin eine

eigene Meinung. Sachverständige haben sich jetzt bei einer Anhörung im Landtag damit befasst. Neben der Verteilung der Steuerlast ging es auch darum, ob der Staat alle erhobenen Steuern auch wirklich einnimmt – oder ob die Finanzbehörden besser ausgestattet werden müssen, um Steuerkriminalität zu bekämpfen (Seite 9). Zu diesen Fragen haben die Fraktionen ihre Standpunkte aufgeschrieben (Seiten 10 und 11).

Um aktuelle Fragen ging es auch in der vergangenen Plenarwoche. Die Fraktionen des Landtags diskutierten kontrovers, dass Straftäter in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr aus dem offenen Vollzug entwichen sind. Oppositions- und Regierungsfractionen bewerteten die im Raum stehenden Zahlen unterschiedlich (Seite 3). Kontrovers wurde auch die Unterrichtung der Landesregierung zum „Fall Wendt“ diskutiert. Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft erhielt jahrelang einen Beamtensold, obwohl er hauptamtlich für die Gewerkschaft arbeitete und nicht mehr für die Polizei in Nordrhein-Westfalen (Seite 5). sam



Titelthema: Früh übt sich

Juniorwahl in Nordrhein-Westfalen 6-7

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam),
Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211)
884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),
Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD),
Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Torsten Sommer (PIRATEN),
Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Kai Schumacher (CDU), Jan Miebach (GRÜNE),
Wibke Op den Akker (FDP), Mario Tants (PIRATEN).
Redaktionsschluss: Freitag, 17. März 2017, 11 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Inhalt

Plenum

Offener Strafvollzug	3
Meldungen	4
Debatte um den „Fall Wendt“	5

Gesetzgebung	8
---------------------------	---

Schwerpunkt

Steuern und Gerechtigkeit	9
Standpunkte	10-11

Ausschüsse

Meldungen	14
------------------------	----

Aus den Fraktionen	12-13
---------------------------------	-------

Forum

„Nacht der Museen“ im Landtag	15
Porträt: Dagmar Hanses (GRÜNE)	15
„Strom tanken“ am Landtag	16

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Wenn Häftlinge nicht zurückkommen

Landtag debattiert in Aktueller Stunde über offenen Vollzug

15. März 2017 – Mehr als 3.000 Gefangene befinden sich in Nordrhein-Westfalen im offenen Vollzug. Das heißt: Sie können die Anstalt tagsüber verlassen und verbringen nur die Nächte dort. Auf diese Weise sollen die Betroffenen auf ein Leben in Freiheit vorbereitet werden. Allerdings werden die Lockerungen zuweilen auch missbraucht. Auf Antrag der CDU-Fraktion debattierte der Landtag das Thema in einer Aktuellen Stunde.

Der Antrag trägt den Titel „Drei Mal so viele entflozene Häftlinge im offenen Vollzug wie in allen anderen Bundesländern zusammen – Was unternimmt die Landesregierung zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger?“ (Drs. 16/14477). Die Fraktion bezieht sich auf einen Medienbericht, wonach im vergangenen Jahr in NRW insgesamt 270 Häftlinge aus dem offenen Strafvollzug entwichen sind, in den übrigen Bundesländern insgesamt 93.

Jens Kamieth (CDU) sagte, die „alarmierende Situation“ von 270 geflohenen Häftlingen aus dem offenen Strafvollzug im Jahr 2016 ordne sich ein in eine Reihe von „Vorkommnissen, Alarmmeldungen und Skandalen im Justizvollzug in NRW“. 125 Personen aus dem offenen Vollzug seien derzeit flüchtig, sagte Kamieth und fragte, wie der Justizminister den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor entflohenen Straftätern wieder sicherstellen wolle. Der offene Vollzug sei nicht grundsätzlich zu kritisieren. Es dürfe aber nicht dazu kommen, dass Gefangene in den offenen Vollzug gelangten, um Versäumnisse im geschlossenen Vollzug auszubügeln.

Hartmut Ganzke (SPD) lobte den offenen Vollzug: „Wir wollen die Gefangenen befähigen, nach ihrer Entlassung straffrei zu leben.“ Ein aktivierender Strafvollzug sei ein Garant für den bestmöglichen Schutz der Gesellschaft. Auf die

etwa 7.500 Gefangenen im offenen Vollzug bundesweit entfielen 3.320 auf NRW. Das Land nehme eine Vorreiterrolle ein. Und in der Vollzugskommission des Landtags habe es keine Fälle gegeben, in der es durch eine Entweichung aus dem offenen Vollzug zu einer besorgniserregenden Eskalation in NRW gekommen sei. Es sei nicht richtig, ein schwarzes Bild des offenen Vollzugs zu malen.

Resozialisierung

Dirk Wedel (FDP) verteidigte den offenen Vollzug als eine „effektive Differenzierung“ mit besseren Chancen auf Reintegration in die Gesellschaft. Die Zahl der Entwichenen aus dem offenen Vollzug sei „kein guter Indikator für den Grad der Gefährdung von Bürgerinnen und Bürgern“, erklärte Wedel und stellte die Vergleichbarkeit der Länderstatistiken infrage. So gelte in NRW bereits das Zuspätkommen als Entweichung, in anderen Ländern nicht. Besorgniserregender sei in NRW ein Vollzugsdefizit bei der Strafvollstreckung nach festgestellter Straftat und Erlass eines Haftbefehls. Er sprach von rund 25.000 Fällen, Stichtag 31. März 2016.

Dagmar Hanses (GRÜNE) bezeichnete den offenen Strafvollzug als „tragenden Eckpfeiler des nordrhein-westfälischen Resozialisierungsprogramms“. Er ermögliche Arbeit, Schule, ein Leben ohne Sucht und Subkultur und fördere Selbstkontrolle und Eigenverantwortung. „Der Vergleich hinkt“, kritisierte auch sie die von der CDU zitierten Zahlen: NRW habe acht eigen-

ständige Einrichtungen für den offenen Vollzug, die meisten anderen Länder keine einzige oder eine. 500 Gefangene befänden sich ersatzweise im offenen Vollzug, weil sie ihre Geldstrafe nicht bezahlen könnten. In ihnen sei kein Sicherheitsrisiko für NRW.

Bei der von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde handle es sich lediglich um „Wahlkampfgeplänkel“, sagte **Nicolaus Kern** (PIRATEN). Einen „großen Skandal“ habe die Fraktion nicht aufzeigen können, auch keine Lösungen. Es habe das Thema zur Überschrift gefehlt. Das „Lippenbekenntnis“ zum offenen Vollzug sei nicht glaubwürdig. Im Gegenteil: Er habe den Eindruck, die CDU-Fraktion wolle den offenen Vollzug aufgeben, sagte Kern. Resozialisierung führe dazu, dass am Ende der Haft ein besser integrierter Bürger stehe. Das Risiko einer erneuten Straftat sinke. Dies verschweige die CDU.

Im Jahr 2006, zur Zeit der schwarz-gelben Koalition, habe es 395 Entweichungen gegeben, 2015 seien es 193 gewesen, sagte Justizminister **Thomas Kutschatj** (SPD). Damals jedoch habe die CDU das „Hohelied des offenen Vollzugs“ gesungen, heute spreche sie von „dramatischen Zahlen“. Offener Vollzug bedeute, dass keine oder nur sehr eingeschränkte Vorkehrungen gegen Entweichungen getroffen werden. Missbrauch sei nie auszuschließen. Er warnte davor, ein „Zerrbild aus Angst und Fehlinformationen“ zu verbreiten. Eine Gefährdung der Bevölkerung bestünde, wenn Gefangene entlassen würden, ohne darauf vorbereitet zu sein.

sow, sam, zab

Foto: Schälte



Enquetekommission Handwerk

15.3.2017 – Die Enquetekommission VI des Landtags NRW „Zukunft von Handwerk und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gestalten“ hat nach knapp zweijähriger Arbeit ihren Abschlussbericht (Drs. 16/14200) vorgelegt. In 35 Sitzungen beschäftigte sich die Kommission, der auch externe Sachverständige angehörten, u. a. mit der Digitalisierung in Handwerk und Mittelstand, mit der Sicherung des Fachkräftenachwuchses, der Gründungskultur und Wettbewerbsfähigkeit. Vor allem die Digitalisierung, die Wirtschaftsbereiche und Wertschöpfungsketten sowie die Ausbildung und die Arbeit selbst verändert, hat die Enquetekommission in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. In ihrem Abschlussbericht legt die Kommission 171 Handlungsempfehlungen vor. Sie beziehen sich auf Zukunftsfragen des Handwerks und Mittelstandes, etwa darauf, wie Betriebe in einer digitalisierten Wirtschaftswelt wettbewerbsfähig bleiben können und wie Bildung und Qualifizierung sowie die Arbeits- und Rahmenbedingungen dafür weiterentwickelt werden müssen. Die Handlungsempfehlungen richten sich dabei an verschiedene Akteure: u. a. an das Land, die Kommunen, den Bund, die Europäische Union und an die Handwerksorganisationen. Der Bericht enthält keine Sondervoten von Fraktionen oder Sachverständigen. Zu dem Bericht gab es einen gemeinsamen Entschließungsantrag aller Fraktionen, der vom Plenum einstimmig angenommen wurde.

Volksinitiative Jagdrecht

15.3.2017 – Das Plenum hat über die „Volksinitiative für ein ideologiefreies, praxisgerechtes Jagdrecht in NRW“ beraten. Die Initiative fordert, dass der Landtag das im Mai 2015 beschlossene Landesjagdgesetz ändert. Dabei sollten u. a. „angemessene Jagdzeiten auf nicht im Bestand bedrohte Wildarten“ eingeführt, Schonzeitaufhebungen erleichtert und die Jagdabgabepflicht für Jagdscheinbesitzer abgeschafft werden. Zuvor hatte der Ausschuss

für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz empfohlen, dem Anliegen der Volksinitiative nicht zu folgen (Drs. 16/14420). Diese Empfehlung wurde in namentlicher Abstimmung mehrheitlich angenommen. In einem Entschließungsantrag (Drs. 16/14444) schreiben Fraktionen von SPD und GRÜNEN, das Ökologische Jagdgesetz habe sich „in vielen Bereichen bewährt“, soweit es in diesem ersten Zeitraum erkennbar sei. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN angenommen. Die Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 16/14498) forderten in einem Entschließungsantrag, dass der Landtag dem Anliegen der Volksinitiative folgen und das Ökologische Jagdgesetz zurücknehmen solle. Dieser Antrag wurde den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN abgelehnt. Mit einer Volksinitiative muss sich der Landtag – neben anderen Voraussetzungen – befassen, wenn mindestens 0,5 Prozent der Wahlberechtigten zur letzten Landtagswahl die Volksinitiative durch ihre Unterschrift unterstützen. Das sind derzeit rund 66.000 Unterschriften.

Verfassungsänderung abgelehnt

15.3.2017 – Im Landtag ist ein Antrag auf Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer, die nicht aus EU-Staaten stammen, gescheitert. Der Antrag der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN auf Änderung der Landesverfassung (Drs. 16/13314) wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. 134 Abgeordnete votierten in der dritten Lesung mit Ja, 83 mit Nein. Damit kam die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit nicht zustande.

Untersuchungsausschuss WestLB

16.3.2017 – Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss II hat im Plenum seinen Schlussbericht (Drs. 16/14300) vorgelegt. Der Ausschuss, der am 24. April 2013 eingesetzt wurde, hatte untersucht, inwieweit der Nie-

dergang der früheren Landesbank WestLB auf Fehler oder möglicherweise rechtswidriges Verhalten zurückzuführen ist. In 32 öffentlichen Sitzungen wurden insgesamt 71 Zeuginnen und Zeugen vernommen, viele von ihnen mehrfach. Gegenstand der Beweisaufnahme waren 1.705 Akten.

Türkei und Menschenrechte

17.3.2017 – Der Landtag hat sich mit der Menschenrechtslage in der Türkei befasst. Anlass war der Antrag „NRW steht für Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie“ (Drs. 16/14395) der Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Die Türkei sei ein wichtiger Partner für Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland, heißt es in dem Antrag: „Wir wollen gute Beziehungen mit der Türkei erhalten und entwickeln.“ Dafür sei jedoch eine gemeinsame Wertebasis erforderlich. Die aktuellen Entwicklungen bei den Menschen- und Freiheitsrechten in der Türkei seien „besorgniserregend“. In der Türkei solle über die Einführung eines Präsidialsystems abgestimmt werden, „das dem Präsidenten große Machtbefugnisse einräumt und in die demokratische Gewaltenteilung massiv eingreift“. Die Fraktionen fordern u. a. die umgehende Freilassung aller in der Türkei zu Unrecht Inhaftierten. Zudem solle die Landesregierung „jeder Art von Denunziation und Bespitzelung wegen angeblich türkeikritischer Haltung in Nordrhein-Westfalen“ entschieden entgegentreten. Auftritte des türkischen Staatsoberhauptes und von Regierungsvertretern im Land seien bis zum Ende des Referendums nicht erwünscht. Die Landesregierung wird gebeten, „alle (verfassungs-)rechtlich zulässigen Möglichkeiten zu nutzen, um erkennbar Wahlkampfzwecken dienende Auftritte Regierungsverantwortlicher zu verhindern“. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN angenommen. Entschließungsanträge der Fraktionen von FDP (Drs. 16/14510) und CDU (Drs. 16/14524) wurden mehrheitlich abgelehnt.

Der „Fall Wendt“ und die Folgen

Debatte über Dienst und Gewerkschaftsarbeit

16. März 2017 – Die Landesregierung will Konsequenzen aus dem „Fall Wendt“ ziehen. Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOG) stand jahrelang als Polizist auf der Gehaltsliste des Landes, obwohl er keinen Dienst versah. Die Opposition kritisierte vor allem Innenminister Ralf Jäger (SPD).

Grundlagen der Debatte waren eine Unterrichtung durch die Landesregierung und ein Antrag der PIRATEN-Fraktion („Lehren aus der Causa Wendt ziehen – ungerechtfertigte Freistellungspraxis zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Gewerkschafter beenden“, Drs. 16/14387) sowie ein Entschließungsantrag (Drs. 16/14509) der Fraktion. Beide wurden mehrheitlich abgelehnt.

„So einen Fall hätte es nie geben dürfen und es darf ihn auch nicht mehr geben“, sagte Innenminister **Ralf Jäger** (SPD) in der Unterrichtung. Der Minister hob die „gute und wichtige Arbeit“ der Gewerkschaften hervor. Es sei lebensfern zu glauben, dass sie ausschließlich in der Freizeit erledigt werden könne. Im Innenministerium sei deshalb seit den 1990er-Jahren geregelt, wie mit der Dienstbefreiung ehrenamtlicher Landesvorsitzender umzugehen sei. Den Betroffenen solle es ermöglicht werden, ihren „Verpflichtungen im Rahmen des dienstlich Vertretbaren nachzukommen“. Rainer Wendt habe diese Verwaltungspraxis ausgenutzt.

Auch **Peter Biesenbach** (CDU) unterstrich die Bedeutung der Gewerkschaftsarbeit. Der Innenminister habe aber keine Lösungen aufgezeigt, wie in Zukunft verfahren werden soll. Biesenbach bot an, das Thema zu Beginn der neuen Wahlperiode gemeinsam zu beraten, um auch kleineren Gewerkschaften gerecht zu werden. Im Mittelpunkt seiner Kritik stand der Innenminister. Biesenbach bezweifelte die

Darstellung Jägers, erst am 24. Februar 2017 vom „Fall Wendt“ erfahren zu haben. Bereits im Jahr 2012 sei im Innenministerium eine Behördenanfrage eingegangen, wie mit dem Fall umzugehen sei. Zudem hätten sich beide mehrfach bei Veranstaltungen getroffen.

Fünf nicht angezeigte Nebentätigkeiten und nicht zur Arbeit zu erscheinen – das sei ein erhebliches Fehlverhalten eines Beamten, thematisierte **Thomas Stotko** (SPD) die Vorwürfe gegenüber Wendt. Sein Vorredner habe den Innenminister umfassend kritisiert, das Verhalten des Polizisten hingegen mit keinem Wort bemängelt. Stotko bezeichnete Biesenbach als „Orakel von Delphi“: Drei nacheinander amtierende Innenminister beteuerten, sie hätten nichts von einer Regelung gewusst, und auch die Personalakte des Polizisten gebe keinen Aufschluss. Biesenbach glaube aber zu wissen, wer eben doch Bescheid wisse: Jäger.

„Neue Regelung“

„Der Fall Wendt ist skandalös und restlos aufzuklären“, betonte **Marc Lürbke** (FDP). Das Parlament dürfe nicht zulassen, dass „die gute und wichtige Gewerkschaftsarbeit in NRW in die Schmutzdecke“ gestellt werde. Er kritisierte Innenminister Jäger dafür, „immer sofort auf andere zu zeigen“: „Nichts gewusst, nichts gemacht – das kann man bei Ihnen fast schon auf ein T-Shirt drucken“, sagte Lürbke. Es sei schwer vorstellbar, dass ein solch prominenter Fall niemandem aufgefallen sein soll – trotz beispielsweise der detaillierten Beantwortung Kleiner Anfragen zu freigestellten Beamtinnen und Beamten.

Wendt habe sich „offenkundig ein eigenes Sittengemälde gemalt“, sagte **Mehrdad Mostofizadeh** (GRÜNE). Als Polizeibeamter sei er auf den Schutz des Rechtsstaats vereidigt und habe sich „leistungslos Hunderttausende öffentliche Gelder“ eingesteckt. Er kritisierte die Doppelfunktion: „Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Gewerkschaftsarbeit zu alimentieren.“ Es dürften aber andere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nicht in Mithaftung genommen werden. Der Innenminister habe jetzt die Aufgabe, „alles aufzuklären und auch Konsequenzen zu ziehen“. Zudem müsse es eine neue Regelung geben.

Torsten Sommer (PIRATEN) erinnerte daran, dass die Arbeit von Personalräten und Gewerkschaften getrennt werden müsse. Der Dienstherr



Peter Biesenbach
(CDU)



Thomas Stotko (SPD)



Marc Lürbke (FDP)



Mehrdad
Mostofizadeh
(GRÜNE)



Torsten Sommer
(PIRATEN)

müsse „alle Mittel, die der Personalrat brauche, zur Verfügung stellen“. Aber niemals dürfe Gewerkschaftsarbeit durch Geschenke oder Bevorzugung durch den Arbeitgeber oder einen Arbeitgeberverband subventioniert werden. Nur wenn Gewerkschaften unabhängig handeln könnten, seien sie ein „echter Tarifpartner auf Augenhöhe“. Er kritisierte, dass Nebentätigkeiten nicht angezeigt worden seien. Rainer Wendt habe den Beamtinnenkollegen einen Bärenienst erwiesen.

zab, sow, sam



Innenminister
Ralf Jäger (SPD)

Fotos: Schälte

Juniorwahl: Jugendliche in NRW



Nur noch zwei Monate bis zur Landtagswahl. Niemand unter 18 Jahren ist wahlberechtigt – und doch werden Tausende Jugendliche ihre Stimme abgeben. Sie wählen zwischen denselben Parteien und denselben Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten wie die tatsächlichen Wahlberechtigten. Die Rede ist von der Juniorwahl. Dabei simulieren Jugendliche ab der 7. Klasse in ihrer Schule den Wahltag, und zwar kurz vor der regulären Landtagswahl. Schirmherrin der Juniorwahl 2017 ist Landtagspräsidentin Carina Gödecke.

Die Schülerinnen und Schüler nehmen nicht nur an der Wahl teil. Sie verantworten die Wahl selbst. Sie verteilen Wahlbenachrichtigungen, legen Wählerverzeichnisse an, organisieren den Wahlakt, zählen aus. Oder bereiten alles für eine Online-Wahl vor. Um Punkt 18 Uhr am 14. Mai 2017, am tatsächlichen Tag der Landtagswahl, schließen nicht nur die regulären Wahllokale in ganz NRW,

sondern dann wird auch das landesweite Gesamtergebnis der Juniorwahl bekanntgegeben. Ein Projekt zur politischen (Willens-) Bildung, das den Wahltag in die Schulen holt.

Vor dem Wahlraum ist es unruhig, Gespräche, hibbeliges Warten, bis man dran ist. In der Hand die persönliche Wahlbenachrichtigung oder den „Wahlschlüssel“, ein Kärtchen mit einem Tan-Code für die

2017

LANDTAGSWAHL
NORDRHEIN-WESTFALEN



üben Demokratie

elektronische Stimmabgabe am Wahlcomputer. Schließt sich die Tür des Wahlraums, ist es drinnen still. Die Schülerinnen und Schüler gehen mit großer Ernsthaftigkeit an die Wahlsimulation.

Erfahrungen

Das alles sind Eindrücke von Petra Wöhl-Beer und Alexander Kallenbach, die am Heinrich-Heine-Gymnasium in Dortmund Politik unterrichten und bereits zwei Juniorwahlen begleitet haben. Auch bei der anstehenden Simulation zur Landtagswahl 2017 haben sie ihre Schule wieder angemeldet. Alle Klassen der Stufen 8, 9, 10 und 11 nehmen teil – rund 350 Jugendliche.

Wenn Unterricht zur Aktion wird, soll ein so abstraktes, aber wichtiges Thema wie „Demokratie & Wahlen“ unmittelbar begreiflich werden. Vor der Wahl befassen sich die Jugendlichen mit verschiedenen politischen Fragen. Da geht es um Wahlen auf verschiedenen Ebenen, von der Kommune bis zu Europa, um den Landtag und seine Funktionsweisen, um Wahlkampf, -plakate und -programme oder im Matheunterricht auch um die Rechenverfahren, die bei der Mandatsverteilung zum Einsatz kommen. In diesem Jahr ist für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe des Heinrich-Heine-Gymnasiums sogar eine Podiumsdiskussion mit Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten angedacht. Wissen erwerben, mitreden, Meinung bilden, selbst wählen – „Die Schüler fühlen sich ernst genommen“, berichtet Politiklehrerin Wöhl-Beer.



Eine Schülerin, die am Wahltag ihre Wahlbenachrichtigung nicht dabei hatte, fragte besorgt, ob sie trotzdem wählen dürfe, erinnert sich die Pädagogin. Das Interesse an der Wahl ist groß. Eine Wahlbeteiligung von mehr als 95 Prozent – ein Traum für jede Demokratie. Am Freitag, 12. Mai 2017, so die Planung, ist in der Dortmunder Schule Wahltag. Da stellen auch die fachfremden Lehrerinnen und Lehrer aus dem Kollegium ihre Stunde zur Verfügung, damit die Klasse, die im Zeitplan gerade dran ist, wählen gehen kann.

Am Montag nach dem Wahl-Freitag brennen die Jugendlichen erfahrungsgemäß aufs Wahlergebnis, berichten Kallenbach und

Wöhl-Beer. Am Heinrich-Heine-Gymnasium im Dortmunder Norden sorgte das Ergebnis der Junior-Bundestagswahl 2013 für Überraschung: Das Wahlergebnis der Schülerinnen und Schüler entsprach ziemlich genau dem tatsächlichen Wahlergebnis im Wahlkreis. Es beinhaltete damit auch eine nennenswerte Anzahl an Stimmen für rechte Parteien. Die Juniorwahl hatte ein allgemein diskutiertes Phänomen in die Mitte der Klassen gerückt. „Da sind möglicherweise auch Proteststimmen an die Lehrerinnen und Lehrer dabei“, vermutet Lehrerin Wöhl-Beer – aber sicher nicht nur. Aus gutem Grund endet die Unterrichtseinheit „Juniorwahl“ nicht mit dem Wahlakt, sondern schließt die Wahlanalyse mit ein.

Zum Thema Juniorwahl

- Die Juniorwahl ist ein Projekt zur politischen Bildung. Schülerinnen und Schüler aus 258 weiterführenden Schulen Nordrhein-Westfalens nehmen daran teil: Ab einer Woche vor der Landtagswahl, die am 14. Mai 2017 stattfindet, sind die Jugendlichen gefragt, ihre Erst- und Zweitstimme abzugeben – wie bei der richtigen Landtagswahl, an der erst teilnehmen darf, wer mindestens 18 Jahre alt ist.
- Das Ergebnis der Juniorwahl fließt nicht in das Gesamtergebnis der regulären Landtagswahl ein. Aber: Das landesweite Gesamtergebnis aller teilnehmenden Schülerinnen und Schüler wird am Tag der Landtagswahl um 18 Uhr veröffentlicht. Interessierte finden es im Internet unter www.juniorwahl.de und unter www.landtag.nrw.de.

- Bevor die Jugendlichen wählen, bearbeiten sie das Thema „Demokratie & Wahlen“ im Unterricht. Anstelle einer Klassenarbeit steht am Ende die Juniorwahl. Die Wahl selbst wird von den Schülerinnen und Schülern organisiert und verantwortet. Der gemeinnützige Verein Kumulus, der die Juniorwahlen seit 1999 organisiert, stellt den Klassen die nötigen Wahl-Utensilien wie Wahlkabinen, Wahlurnen und Stimmzettel zur Verfügung. Auch eine digitale Wahl per Mausclick am Computer ist möglich.
- Die Kosten für die Juniorwahl NRW 2017 übernehmen der Landtag NRW und die Landeszentrale für politische Bildung. Es handelt sich bereits um die 5. Juniorwahl, die parallel zu einer NRW-Landtagswahl stattfindet.
- Bundesweit haben bereits 1,5 Millionen Jugendliche an einer Juniorwahl teilgenommen.

Effekte

„Demokratie lebt vom Mitmachen“, betont die Schirmherrin der Juniorwahl, Landtagspräsidentin Carina Gödecke. Tatsächlich belegt laut Veranstalter Kumulus e. V. die Wissenschaft, dass sich die Teilnahme an der Juniorwahl lohne: Die Zahl der jugendlichen Zeitungsläserinnen und -leser verdreifache sich. Überhaupt steige bei den Schülerinnen und Schülern das Interesse am politischen Geschehen. Die Wahlbeteiligung bei den Eltern steige um bis zu 9 Prozent. In den Familien zu Hause werde vermehrt politisch diskutiert, was auch Kallenbach und Wöhl-Beer aus der Praxis berichten. Wenn die Kinder bei der Juniorwahl gewählt haben, werden die Eltern es bei der regulären Wahl wahrscheinlich auch tun. *sow*

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – Einheitliche Quoren von 20 % in der Landesverfassung im sogenannten „parlamentarischen Betrieb“ | Drs. 16/14380 | PIRATEN | 1. Lesung am 15. März 2017 | Überweisung an den Hauptausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hilfen für Blinde und Gehörlose | Drs. 16/13989 und 16/14410 | Landesregierung | 2. Lesung am 15. März 2017 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes | Drs. 16/14161 und 16/14411 | SPD und GRÜNE | 2. Lesung am 15. März 2017 | angenommen

Zehntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze | Drs. 16/14330 | Landesregierung | 1. Lesung am 15. März 2017 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Harmonisierung und Stärkung des Informationsfreiheitsrechts und Zugang zu maschinenlesbaren Daten (OpenData-Gesetz) | Drs. 16/14379 | PIRATEN | 1. Lesung am 16. März 2017 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Kommunales Wahlrecht für Nicht-EU AusländerInnen) | Drs. 16/13314 und 16/14275 | SPD, GRÜNE und PIRATEN | 2. und 3. Lesung am 15. März 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen | Drs. 16/14017 und 16/14419 | CDU | 2. Lesung am 17. März 2017 | abgelehnt

Gesetz zur Stärkung des freien Mandats und der Abgeordnetengleichheit | Drs. 16/14165 | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landes-Hafenentsorgungsgesetzes | Drs. 16/13794 | Landesregierung | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid – Zweites Gesetz zur Erleichterung von Volksbegehren | Drs. 16/14006 | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – Absenkung des Eingangsquorums des Artikel 68 Landesverfassung NW | Drs. 16/14002 | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften | Drs. 16/13702 | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges und zur Änderung des Vollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen | Drs. 16/13470 | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes Nordrhein-Westfalen | Drs. 16/13532 | CDU | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Einführung der Individualverfassungsbeschwerde zum Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen | Drs. 16/13113 | FDP | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Absenkung des Wahlalters) | Drs. 16/13313 | SPD, GRÜNE und PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes, des Verfassungsgerichtshofgesetzes und weiterer Gesetze | Drs. 16/13312 | SPD und GRÜNE | Hauptausschuss | in Beratung

Viertes Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung – Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenregel in das nordrhein-westfälische Landesrecht | Drs. 16/13315 | SPD und GRÜNE | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW | Drs. 16/3948 | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung | Drs. 16/119 | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

Steuern und Gerechtigkeit

Sachverständige äußern sich im Haushalts- und Finanzausschuss

9. März 2017 – Das Thema „Steuergerechtigkeit“ stand im Mittelpunkt einer Sachverständigen-Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses. Anlass war ein Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN. Sie fordern u. a. eine „echte Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen“. Zugleich müssten die Ressourcen der Finanzverwaltung zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung weiter gestärkt werden.

Die Deutsche Steuergewerkschaft schätze den Schaden durch Steuerhinterziehung für Deutschland auf jährlich 30 Milliarden Euro, schreiben die Fraktionen in ihrem Antrag („Nordrhein-Westfalen für Steuergerechtigkeit! Steuerkriminalität bekämpfen – Steuergerechtigkeit herstellen – gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern“, Drs. 16/13997). Dabei werde das Geld dringend gebraucht – „für nachhaltige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Kommunen und Infrastruktur, zur Bekämpfung von Armut, im Kampf für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit sowie um unsere natürlichen Ressourcen und Lebensgrundlagen zu schützen“.

Die Vermögensverteilung in Deutschland werde immer ungerechter, heißt es im Antrag weiter. Große Vermögen und große Erbschaften würden im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich besteuert, „mittlere und insbesondere kleine Einkommen durch steigende und nicht progressiv gestaltete Sozialabgaben übermäßig belastet“. Es sei eine „Parallelgesellschaft entstanden, in der internationale Konzerne und besonders Vermögende von staatlichen Leistungen profitieren, sich aber einem angemessenen Finanzierungsbeitrag für das Gemeinwesen entziehen“.

Es sei folgerichtig, „die höchsten Einkommen und größten Vermögen wieder stärker in die Pflicht für die solidarische Finanzierung

eines modernen und zukunftsfesten Gemeinwesens zu nehmen“, so der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einer Stellungnahme für den Ausschuss. Die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung sei in Deutschland „außerordentlich groß“, das private Nettovermögen konzentriere sich „in sehr wenigen Händen“. Deshalb bedürfe es einer Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Vermögensteuer

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sah das anders und warnte vor der Wiedereinführung der Vermögensteuer – sie würde dem Standort Deutschland schaden: „Allein die Erhebungs- und Vollzugskosten wären für Unternehmen und Finanzverwaltung enorm hoch aufgrund der jährlichen Bewertung aller Vermögensarten.“ Es handle sich um eine „komplexe und wachstumsfeindliche Steuer“. Die Forderung „Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache“ sei in Deutschland seit langem erfüllt. Berechnungen des Bundesfinanzministeriums zufolge hätten die oberen 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen im Jahr 2014 insgesamt 55,5 Prozent des gesamten Einkommensteueraufkommens getragen.

In der Steuerpolitik bestehe auf Landesebene „nur ein sehr eingeschränkter Spielraum“,

befand Dr. Katja Rietzler vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in ihrer Stellungnahme. Das Land Nordrhein-Westfalen gehe deshalb den richtigen Weg, wenn es auch den Bund in die Pflicht nehmen wolle. Unerlässlich sei ein konsequenter Steuervollzug: „Der Staat muss alles tun, um Steuerrecht auch durchzusetzen.“ In diesem Zusammenhang seien weitere Anstrengungen erforderlich. Deutliche Mehreinnahmen seien möglich, dies hätten die Erfahrungen mit dem Ankauf von „Steuer-CDs“ in den vergangenen Jahren gezeigt. Rietzler empfahl zudem eine „deutlich ausgeweitete Erbschaft- und Schenkungsteuer“. Eine zusätzliche Vermögensteuer käme für „sehr hohe Vermögen“ infrage.

Der Antrag enthalte „viele richtige und wichtige Forderungen“, so das „Netzwerk Steuergerechtigkeit“. Zu begrüßen sei, dass der Schutz von Hinweisgebern, die Initiative für ein Unternehmensstrafrecht, die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, die Stärkung der Finanzverwaltung und das Schließen von Lücken im Strafrecht im Hinblick auf Geldwäsche und Schwarzgeld erwähnt bzw. gefordert werden. *zab*

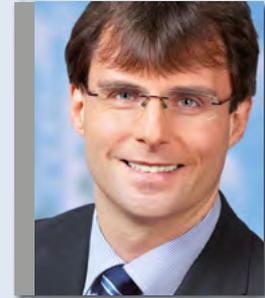
Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Steuergerechtigkeit“



Stefan Zimkeit
(SPD)



Dr. Marcus Optendrenk
(CDU)

Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland ist ...

... in seiner progressiven Ausgestaltung richtig. Starke Schultern tragen mehr als schwache. Gleichwohl gilt für uns bei allen Debatten um Steuersenkungen immer, dass vor allem die kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden müssen. Außerdem müssen besonders hohe Vermögen und Einkommen stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls einbezogen werden.

... immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. So müssen insbesondere kleine und mittlere Einkommen entlastet werden. Gleiches gilt für Familien, die das Fundament unserer Gesellschaft bilden. Auch die Abflachung des sogenannten Mittelstandsbauchs im Tarifanstieg ist ein wichtiger Schritt für eine gerechtere Steuerlastverteilung.

Steuergerechtigkeit ist ...

... vor allem dank der Initiativen des NRW-Finanzministers ein ständiges Thema in der Öffentlichkeit. Die SPD-Landtagsfraktion hat deutlich gemacht, dass es nicht sein kann, dass der Bäcker um die Ecke ordnungsgemäß seine Steuern zahlt und Konzerne wie Starbucks, Amazon und Co. durch das Verschieben von Gewinnen letztlich keinen Cent zur Finanzierung des Staates beitragen. Solche Entwicklungen gilt es zu stoppen.

... nicht mehr als ein leeres Versprechen, wenn in unseren Finanzämtern über 1.000 Stellen nicht besetzt sind. Nicht nur die Steuergewerkschaft kommt zu dem Ergebnis, dass unter der aktuellen Personalsituation auch die Steuergerechtigkeit in NRW leidet. Das steht in einem deutlichen Widerspruch zu den vielen Ankündigungen und Versprechungen der Landesregierung, für mehr Steuergerechtigkeit einzutreten.

Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung ...

... müssen auch andere Bundesländer dem Vorbild von NRW folgen. Es darf nicht sein, dass durch die Ausdünnung bei der Betriebsprüfung, beispielsweise in Bayern, Standortpolitik betrieben wird. Steuerhinterziehung kostet den Staat und seine Bürger jährlich einige Milliarden Euro, die für wichtige Zukunftsaufgaben fehlen. Deshalb werden wir auch in Zukunft die Finanzverwaltung stärken.

..., Steuerumgehung und unsozialer Besteuerung unterstützen wir die Initiativen des Bundesfinanzministers. Deutschland gehört wegen seiner beharrlichen Arbeit im Kabinett, in Europa, in der OECD und G 20 zu den Vorreitern. Seit Wolfgang Schäuble Bundesfinanzminister ist, hat Deutschland auf diesem Feld mehr erreicht als die 30 Jahre davor. Das schließt besonders die Zeit von 1998 bis 2009 ein.

Die Finanzverwaltung ...

... hat als Einnahmenbehörde für das Land eine wichtige Aufgabe. In der Regierungszeit von Rot-Grün haben wir die Einstellungszahlen mehr als verdoppelt. Diesen Kurs werden wir fortsetzen. Mit dem Projekt „Zukunft der Finanzverwaltung“ setzt das Finanzministerium wichtige Impulse, um diese als Arbeitgeber attraktiv zu halten. Nur mit gut ausgebildeten Beschäftigten ist der Kampf gegen Steuerbetrug weiter effektiv zu führen.

... ist die Einnahmeverwaltung unseres Landes. Ziel muss es sein, sie für die Zukunft zu rüsten und gut aufzustellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung leisten hervorragende Arbeit. Sie haben trotz ausufernder Steuergesetzgebung unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage sind, sich neuen Herausforderungen mit Erfolg zu stellen.



Martin-Sebastian Abel
(GRÜNE)



Ralf Witzel
(FDP)



Nicolaus Kern
(PIRATEN)

... ungerecht! Kleine und mittlere Einkommen werden überproportional belastet. Wir wollen eine deutliche Entlastung zum einen durch eine höhere Besteuerung von Vermögen und zum anderen durch eine Reduzierung der Abgablast.

... regional unterschiedlich und insgesamt differenziert zu betrachten. Fakt ist, dass mehr als 55 Prozent der progressiv ausgestalteten Einkommensteuer von den oberen 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen geleistet werden. Ungerecht ist, dass der Staat sich durch die Kalte Progression weiterhin bei allen Steuerzahlern zunehmend bedient und 30 Jahre nach der Einheit immer noch einen Soli abkassiert.

... sozial ungerecht! Seit der Aussetzung der Vermögensteuer im Jahr 1997 und der Erbschaftsteuerreform aus dem letzten Jahr voller Ausnahmetatbestände, ist Vermögen in Deutschland praktisch keinerlei Besteuerung unterworfen. Das führt dazu, dass Deutschland mittlerweile die höchste Vermögensungleichheit im Euroraum aufweist. Das ist ein Skandal!

... nur teilweise gegeben: Wer über findige BeraterInnen oder die finanziellen Möglichkeiten verfügt, kann Schlupflöcher in unserem System nutzen. Wir brauchen europäische Mindeststeuersätze für Unternehmen und gemeinsame Regeln. Steuerdumping innerhalb der EU und Lizenzmodelle schaden dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und unserem Mittelstand. Wir wollen ein faires und einfacheres Steuersystem.

... ein zentrales Ziel unserer Politik. Wir kritisieren daher, dass junge Familien durch die von Rot-Grün nahezu verdoppelte Grunderwerbsteuer am Wohneigentumskauf gehindert werden, während große Investoren oft völlig steuerfrei bleiben. Gerechtere wäre es, in Zeiten von Rekordsteuereinnahmen eine Entlastung von Bürgern und Betrieben vorzunehmen. Auch die Kommunalsteuern sind in NRW bundesweit leider am höchsten.

... absolut wichtig in einer Demokratie. Wenn man sich die bestehenden Regelungen zu Vermögen-, Erbschaft- und Einkommensteuer und dann noch die internationalen Doppelbesteuerungsabkommen ansieht, kann man nicht mehr von Steuerschlupflöchern sprechen, sondern von einer sechsspurig ausgebauten Autobahn ins Steuerparadies für Kapital und Konzerngewinne.

... haben wir viel erreicht, etwa durch zusätzliche Betriebs- und Außenprüfungen und die Verhinderung des Steuerabkommens mit der Schweiz. Auf Bundesebene dürfen striktere Transparenz- und Meldevorschriften nicht blockiert werden. Zudem brauchen wir 2.000 zusätzliche Stellen bei der Finanzverwaltung. 250 haben wir mit dem letzten Haushalt bereits realisiert.

... ist eine gut ausgestattete und motivierte Finanzverwaltung wichtig. Windige Deals mit dubiosen Datendieben sind im Rechtsstaat keine Alternative dazu. In NRW sind leider 1.000 Stellen in Finanzämtern nicht besetzt, da Leistungsträger das Finanzamt verlassen. Rot-Grün demotiviert Beamte durch eine verfassungswidrige Frauenquote, durch deren Klagen über Jahre etliche Beförderungsstellen gesperrt sind.

... brauchen wir eine personell gut aufgestellte Finanzverwaltung mit einer IT-Ausstattung auf der Höhe der Zeit. Zudem müssen die Ausbildungskapazitäten der Landesfinanzverwaltung dringend ausgebaut werden, um die demografiebedingten Abgänge in den nächsten Jahren zu kompensieren.

... sichert die Einnahmehasis des Landes und ist der Schlüssel für Steuergerechtigkeit. Unser Dank gilt daher den Beschäftigten, die durch ihren täglichen Einsatz das Funktionieren unseres Gemeinwesens gewährleisten! Damit NRW auch weiterhin Vorreiter in Sachen Steuergerechtigkeit bleibt, setzen sich GRÜNE für zusätzliche Stellen bei Steuerverwaltung und -fahndung ein.

... muss dafür sorgen, dass Steuern von Bürgern und Betrieben in NRW korrekt und gerecht gezahlt oder erstattet werden. Sie schafft mit den öffentlichen Einnahmen die Grundlage für die Handlungsfähigkeit des Staates, zum Beispiel bei der Finanzierung von Bildung und Polizei. Moderne Technik und ein einfacheres Steuerrecht würden schnellere Bearbeitungszeiten ermöglichen und Bürgern das Leben erleichtern.

... ist das Herzstück des Steuervollzugs. Sie ist aber darauf angewiesen, dass die Politik den zahlreichen Steuergestaltungsmöglichkeiten, wie z.B. Share-Deals bei der Grunderwerbsteuer, endlich einen Riegel vorschiebt.

AUS DEN FRAKTIONEN

SPD fördert den Fortschritt durch intelligente Industrie in NRW

Die Digitalisierung und der Klimawandel verändern die Märkte. Darauf muss sich die industrielle Produktion in NRW und weltweit einstellen.

Die digitale Vernetzung von Maschinen, Bauteilen und sonstigen Komponenten in der Produktion durch den Einsatz von cyber-physischen Systemen erlaubt eine höhere Produktivität und Flexibilität. Für die SPD steht dabei die Frage im Mittelpunkt, ob menschliche Arbeit erleichtert und aufgewertet oder entwertet und verdichtet wird. Nur wenn Ersteres der Fall ist und Beschäftigte mitgenommen werden, kann Industrie 4.0, die eine Verzahnung von industrieller Produktion mit modernster Informationstechnologie bedeutet, ein Erfolg werden.



Michael Hübner (SPD)

Die zweite große Herausforderung für die Industrie ist der Klimawandel. Die digitalen Technologien der Industrie 4.0 erleichtern eine ressourcenschonende Wertschöpfung. Denn schon beim Design eines Produkts wird dessen gesamter Lebenszyklus berücksichtigt. Das beginnt mit der Auswahl der geeigneten Werkstoffe, der Herstellung, dem Handel, der Nutzung und der

Reparatur des Produkts sowie der Wiederverwertung von Bestandteilen.

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, das Konzept dieser digital gestützten zirkulären Wertschöpfung voranzutreiben. Viele Industrieunternehmen in NRW verfügen diesbezüglich über umfassende Kompetenzen. Wir

wollen durch entsprechende Pilotprojekte und den Austausch zwischen Wissenschaft, Unternehmen und Zivilgesellschaft Innovationen und Investitionen für praktikable Geschäftsmodelle einer intelligenten Industrie voranbringen, um die Potenziale von Digitalisierung und Klimaschutz für NRW zu nutzen. „Sie sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft in NRW“, sagt Michael Hübner, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag NRW. ■



SPD und Grüne ignorieren ländlichen Raum



Rainer Deppe MdL und Christina Schulze Föcking MdL trafen am Rande der Debatte den Präsidenten des Landesjagdverbands NRW, Ralph Müller-Schallenberg (Bildmitte).

Selten hat ein Gesetz so viel Widerstand erfahren wie das sogenannte ökologische Jagdgesetz der rot-grünen Landesregierung. Schon bei der Einbringung des Gesetzes hatten 15.000 Menschen ihrem Unmut gegen das Gesetz bei einer Demonstration vor dem Landtag Luft gemacht. Für Rot-Grün spielte der Wille der Menschen im ländlichen Raum jedoch keine Rolle – man hat ihn schlicht ignoriert und das Jagdgesetz gegen alle Widerstände durchgeboxt.

Im vergangenen Plenum wurde das Thema auf Druck einer Volksinitiative mit 120.000 Unterschriften wieder auf die Tages-

ordnung des Landtags gesetzt. Das berechtigte Ziel: Änderungen an dem ideologisch durchgezogenen rot-grünen Jagdgesetz. Und wieder zeigt sich das gleiche Bild: Die Regierungskoalition schmettert die Volksinitiative ab. Die CDU-Fraktion hingegen unterstützt die Initiative ausdrücklich und setzt sich dafür ein, dass endlich die Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis in ein modernes Jagdrecht eingebracht werden. Wir werden auch weiterhin dafür kämpfen, dass das Jagdgesetz geändert wird – praxistauglich und ohne ideologisch konstruierten Gegensatz zwischen Naturschutz und Jagd. ■



Die Landtagsfraktion
CDU

Referendum in der Türkei: Keine Werbung für die Abschaffung demokratischer Grundrechte

Zehntausende Bürger*innen werden verhaftet, die Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit weitgehend eingeschränkt, Opposition und Presse drangsaliert: Die Entwicklungen in der Türkei erfüllen uns mit Sorge. Auch weil das verfassungswidrige Referendum und die hoch emotionale Debatte über Werbeauftritte türkischer Regierungsmitglieder in Deutschland die Menschen in Nordrhein-Westfalen besorgen und spalten. Uns beunruhigt zudem, dass NRWler*innen mit türkischen Wurzeln Angst vor Repressionen für sich und ihre Angehörigen haben.

Wir GRÜNE fordern die Freilassung des in der Türkei inhaftierten Journalisten Deniz Yücel und wollen weitere Werbeauftritte verhindern. Dass mithilfe unserer demokratischen Spielregeln für die Abschaffung dieser demo-

kratischen Grundrechte in der Türkei gewonnen werden soll, ist nicht hinnehmbar. Zumal das türkische Wahlrecht es Politiker*innen untersagt, Wahlkampf im Ausland zu machen.

Die GRÜNE Fraktion hat daher den Verfassungsrechtler Prof. Dr. Christoph Gusy ge-



beten zu prüfen, wie Bund, Land und Kommunen aktiv werden können. Der Experte von der Universität Bielefeld kommt zu dem Schluss, dass letztendlich nur die Bundesregierung die Auftritte Erdogans oder seiner Minister*innen unmöglich machen kann – und zwar durch die Regelung der Einreise. Wir fordern daher von der Bundesregierung, türkische Regierungsmitglieder für Werbeveranstaltungen bis zum 16. April, dem Tag des Referendums, nicht mehr einreisen zu lassen. ■



Wirtschaftstalk der FDP-Fraktion: Mutmacher für die Zukunft



Das war ein Abend, der große Lust auf Zukunft macht. FDP-Fraktionschef Christian Lindner und Startup-Gründer Frank Thelen („Höhle der Löwen“) begeisterten beim Wirtschaftstalk der FDP-Fraktion als charismatische Mutmacher. Rund 300 Besucher vor Ort und tausende Interessierte in den sozialen Netzwerken ver-

folgten das Gespräch der beiden innovativen Köpfe. Chancen statt Risiken dominierten die Diskussion über Herausforderungen der Digitalisierung, die Einzug in alle Lebensbereiche hält. Erschreckende Erkenntnis: Deutschland hat die großen Technologietrends bislang weitestgehend verschlafen. Der Appell von Lindner: „Die Aufholjagd muss endlich beginnen.“

Frank Thelen berichtete, wie er schon mit 16 Jahren die ersten Schritte im Unternehmertum machte und sein „Gründergen“ entdeckte: „Ich habe irgendwann gemerkt, dass ich die Welt verändern kann.“ Dabei ging es keineswegs nur bergauf. Sowohl Thelen als auch Lindner fanden offene Worte über das Scheitern. Sie plädierten für einen Kulturwandel, Scheitern

nicht mit Hohn zu bestrafen, sondern dem Mut, Neues zu versuchen, Respekt zu zollen.

Um die Entwicklung von Ideen und das Know-how für deren Umsetzung zu fördern, muss schon in der Schule das Bewusstsein für Wirtschaft, Unternehmertum und Digitalisierung geschaffen und das notwendige Wissen vermittelt werden, zeigten sich Lindner und Thelen einig. „Ich wünsche mir mehr Unternehmergeist, also die Haltung, etwas zu unternehmen und nicht zu unterlassen, auch von der Politik und dem öffentlichen Dienst“, sagte Christian Lindner. ■



Fake News: Meinungs- und Pressefreiheit achten

Fake News sind gezielt gestreute, falsche oder manipulierte Nachrichten. Ziel ist in der Regel das Verfolgen privater, monetärer Interessen und das Beeinflussen der öffentlichen Meinung. Sie sind somit sowohl ein wirtschaftliches als auch politisch-gesellschaftliches Phänomen des digitalen Zeitalters.

Eine gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Fake News ist in jedem Fall nötig. Bis heute hat die Bundesregierung aber keine konkreten Vorschläge zum Umgang mit Fake News gemacht. Stattdessen will sie mit staatlichen Eingriffen gegen Fake News vorgehen, die allesamt die Meinungs- und Pressefreiheit einschränken.

Die Landesregierung NRW steht diesen Plänen, welche die Meinungs- und Pressefreiheit massiv einschränken könnten, bisher

untätig gegenüber. Wir haben die Landesregierung in einem Antrag aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen gegen jede Form von staatlicher Kontrolle oder Prüfung auf die Richtigkeit von Nachrichten oder Meldungen einzusetzen.

Warum? Weil die Meinungs- und Pressefreiheit Grundpfeiler des deutschen Grundgesetzes sind. Auch erfundene oder verfälschte Nachrichten sind grundsätzlich von der Meinungsfreiheit abgedeckt. Staatliche Vorgaben zur Löschung oder zum Widerlegen von Nachrichten bergen die Gefahr einer staatlichen Vorzensur. Eine vorschnelle, nicht wissenschaftlich fundierte Regulierung kann schnell zur Einschränkung der Presse- und Meinungsfrei-



Nico Kern,
Piratenfraktion NRW

heit sowie zu einer weiteren Absenkung des öffentlichen Vertrauens in Nachrichten und Medien führen.

Wir fordern Maßnahmen, welche die Medienkompetenz der Bevölkerung und den Qualitätsjournalismus in NRW und Deutschland mit Blick auf die digitale Kommunikation stärken. Außerdem darf der im Presserecht verankerte Grundsatz der Einhaltung der publizistischen Sorgfaltspflicht bei der Berichterstattung nicht durch darüber hinausgehende Gesetze verschärft werden. ■



PIRATEN FRAKTION
IM LANDTAG NRW



Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Untersuchungsausschuss „Amri“

17.2.2017 – Der Untersuchungsausschuss „zum Vorgehen der nordrhein-westfälischen Landesregierung und ihrer Sicherheitsbehörden im Fall des islamistischen Attentäters Anis Amri“ hat sich konstituiert und erste Beschlüsse gefasst, um seine Arbeit aufnehmen zu können. Inzwischen haben sich die Mitglieder des Gremiums auf Termine verständigt und Zeugen benannt, die verhört werden sollen. Am Montag, 13. März 2017, wurden der frühere Leiter des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise, sowie der Präsident des Bundeskriminalamts, Holger Münch, gehört, am 14. März 2017 Dr. Christian Klos, Leiter der Arbeitsgruppe „Rückkehr“ in der Abteilung M (Migration, Flüchtlinge, Europäische Harmonisierung) des Bundesinnenministeriums. Am 19. Dezember 2016 hatte der tunesische Staatsbürger Anis Amri auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz ein verheerendes Attentat verübt. Zwölf Menschen kamen ums Leben, mehr als 50 wurden teils schwer verletzt.

Vorwürfe gegen Konsulate

8.3.2017 – Haben türkische Generalkonsulate versucht, Einfluss auf den Unterricht an nordrhein-westfälischen Schulen zu nehmen? Mit diesem Vorwurf hat sich der Ausschuss für Schule und Weiterbildung befasst. Hintergrund waren Medienberichte über Veranstaltungen der Konsulate in Düsseldorf, Essen, Köln und Münster mit Lehrerverbänden, Elternvertretungen und Imamen. Dabei sollen Lehrkräfte und Eltern nach Angaben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) dazu angehalten worden sein, „jede Kritik an der türkischen Regierung, die in NRW-Schulen beobachtet wird, zu melden“. Das Schulministerium habe auf diese Berichte unmittelbar reagiert, teilte die Landesregierung mit ([Vorlage 16/4830](#)). Man habe die vier Generalkonsulate um eine Stellungnahme gebeten und „unmiss-

verständlich dargestellt, dass derartige Versuche der Einflussnahme für die Landesregierung, sollten sie unternommen worden sein, inakzeptabel“ seien, sagte Schulministerin [Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE) im Ausschuss. Die Konsulate hätten die Vorwürfe zurückgewiesen. Zwischenzeitlich hätten sich zwei Lehrer- und Elternverbände gemeldet und erklärt, dass die Berichterstattung die Inhalte der Gespräche in den Konsulaten nicht treffend wiedergegeben habe. Es lägen somit zwei sich widersprechende Darstellungen vor. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Düsseldorf und des Generalbundesanwalts liege kein Anfangsverdacht vor. Löhrmann verwies auf weitere Ermittlungen des Polizeipräsidiums Düsseldorf. [Yvonne Gebauer](#) (FDP) fragte, ob es Überlegungen gebe, die GEW um schriftliche Aussagen der zitierten Teilnehmer zu bitten. Die Informanten wollten aus Angst nicht genannt werden, sagte [Renate Maria Hendricks](#) (SPD). [Michael-Ezzo Solf](#) (CDU) hielt der Landesregierung „Zögerlichkeit“ vor, sie habe „zu zurückhaltend“ reagiert. [Sigrid Beer](#) (GRÜNE) wies dies zurück. Die erforderlichen Maßnahmen seien ergriffen worden. Es gehe nicht nur um die Bespitzelung von Lehrkräften, sondern auch um Schülerinnen und Schüler, sagte [Michele Marsching](#) (PIRATEN). Darauf müsse besonderes Augenmerk gelegt werden.

Giftstoffe im Grubenwasser?

8.3.2017 – In einer gemeinsamen Sitzung des Umweltausschusses, des Wirtschaftsausschusses und des Unterausschusses Bergbausicherheit haben die Abgeordneten über mögliche Umweltbelastungen im Umfeld von früheren Bergwerken in NRW diskutiert. Grundlage war ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten zu Abfall- und Reststoffen, die die entstandenen Hohlräume von elf stillgelegten Steinkohlebergwerken füllen. Das Gutachten befasst sich exemplarisch mit der Situation am ehemaligen Bergwerk „Haus Aden/Monopol“ bei Bergkamen. Der Gutachter und

Geologe Dr. Michael Denneborg sah insgesamt aktuell und künftig keine Gefährdungen des Grund- und Oberflächenwassers durch anorganische Stoffe wie Zink und Blei oder durch organische Stoffe wie Dioxine oder Furane. Im Mittelpunkt der Diskussion standen noch nicht gänzlich abschätzbare Risiken durch die giftige und krebserregende Chemikalie PCB im Boden, vor allem im Grubenwasser. Es fehlten bisher Daten dazu, wie viel PCB sich tatsächlich noch unter Tage befinde, heißt es im Gutachten. Intensiv diskutiert wurden daher Strategien, um eine Freisetzung des Stoffes zu verringern. Von Interesse sei hier vor allem ein Anstieg des Grubenwassers. Damit würden PCB-belastete Flächen der direkten Erosion durch schnell fließendes Grubenwasser entzogen, heißt es im Gutachten. Bis Mitte des kommenden Jahres soll ein weiteres Gutachten klären, ob sich die gewonnenen Erkenntnisse auf die Situation an den Bergwerken Walsum und Hugo/Constantin sowie acht weitere Bergwerke übertragen lassen.

1. Elternkonferenz im Landtag

8.3.2017 – Die Struktur der Elternvertretung in NRW und mögliche Perspektiven waren Thema der 1. Elternkonferenz im Landtag NRW. Der Schulausschuss hatte Praktikerinnen und Praktiker zum Austausch eingeladen. Im Anschluss an Vorträge von Elternverbänden, Schulpflegschaften, Städtetag und Ministerium ging es in fünf parallelen Workshops um eine Stärkung der Elternmitwirkung: Wie können Neugründungen und Vernetzung funktionieren? Wie sieht die Praxis vor Ort aus, wo besteht Handlungsbedarf? Wie gelingt es, Gemeinsamkeiten zu stärken und Unterschiede zu diskutieren? Die schulpolitischen Sprecher innen moderierten die Workshops und fassten Ergebnisse zusammen. Ein Vertreter der Elternverbände und eine Vertreterin der Schulpflegschaften zogen jeweils ein Fazit. Kritisch diskutiert wurde eine einheitliche, durchgewählte Elternvertretung.

Nacht der Museen: Besuch im Landtag

Am Samstag, 25. März 2017, öffnet der Landtag NRW wieder seine Türen während der Düsseldorfer „Nacht der Museen“. Besucherinnen und Besucher können von 19 Uhr an „ihr Landesparlament“ erkunden, sich im Besucherzentrum mit seiner 240-Grad-Panorama-Leinwand über die Arbeit von Parlament und Abgeordneten informieren und die Kunstwerke des Landtags für sich entdecken.

Im Plenarsaal finden stündlich Vorträge über die Geschichte des Landtags am Rhein und seine Funktionen und Aufgaben statt. Die musikalische Begleitung gestaltet der spanische Gitarrist Eduardo Inestal.

Kunstakademie

In der Ausstellung „r.u.n.d.schau“ zeigen neun junge Künstlerinnen und Künstler und Absolventen der Kunstakademie Düsseldorf aktuelle Positionen der bildenden Kunst im Bereich Malerei, Zeichnung, Installation und Collage.

Die Werke der Ausstellung „Fragmente // Sonogramme“ der Künstlerin Christine Westenberger beschäftigen sich mit der Neuordnung rudimentärer architektonischer Strukturen, die die Möglichkeit der Neugestaltung der Realität böten.

In der Ausstellung „Ein Stück von mir – Atelier Kinderkrebstation“ sind 30 Kunstwerke zu betrachten, die auf Initiative der Krebsstiftung NRW in Kinderkrebskliniken des Landes entstanden sind. Die Arbeiten zeigen, wie es Kindern mithilfe der Kunsttherapie gelungen ist, besser mit ihrer Krankheit umzugehen und sich ein Stück Normalität zurückzuerobieren.

In der „Villa Horion“, Johannes-Rau-Platz, unweit des Landtagsgebäudes steht zudem das „Haus der Parlamentsgeschichte“ für Interessierte offen. Der Besucherdienst des Landtags gibt einen Einblick in die dortige landesgeschichtliche Ausstellung. Interessierte erleben im Zeitraffer 70 Jahre Geschichte des Landesparlaments von den Nachkriegsjahren bis in die Jetztzeit.

An der „Nacht der Museen“ beteiligen sich insgesamt 40 Museen und Galerien in der Landeshauptstadt.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.nacht-der-museen.de.



Porträt: Dagmar Hanses (GRÜNE)

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, fasste Erich Kästner seine Moral-Philosophie gut zusammen: Nur in unseren Handlungen zeige sich, ob wir gut sind oder nicht. Ein wenig passt diese Philosophie auf die zurückhaltende Landtagsabgeordnete Dagmar Hanses (GRÜNE), die fernab von allen Aufregungen im Düsseldorfer Parlamentsbetrieb ihre Arbeit verrichtet. In grün-leuchtender Wetterjacke erscheint sie an der Kaffeebar des NRW-Landtags ein wenig außer Atem, aber schließlich dennoch entspannt, fröhlich und freundlich, um Fragen nach ihrer Person zu beantworten.

Sie ist 41 Jahre alt, ledig, hat drei Patenkinder und ist Single. Sie ist eine Leseratte („Ich habe mindestens 6.000 Bücher“) und backt außerdem gerne Kuchen, wie sie betont. Zuletzt die Hochzeitstorte für einen Landtagskollegen. Soviel zum Privaten.

Die gelernte Erzieherin hat, im Gegensatz zu vielen ihrer Landtagskollegen, eine sehr bodenständige Biografie. Nach der mittleren Reife und Ausbildung zur Erzieherin erlebte sie in einem Kölner Kinderheim von 1995 an vier Jahre lang, was es heißt, wirklich für Kinder da zu sein: etwa wenn Eltern drogenabhängig sind, Kinder als sogenannte Klaukids abgestempelt werden und mit sieben Jahren bereits ein Hausverbot im Kaufhof haben. Sie kümmerte sich um Kinder, bei denen andere Menschen bereits alle Hoffnung aufgegeben hatten. Dagmar Hanses biss sich durch. In anderen Stationen ihres Lebenswegs war sie für die Resozialisierung von Jugendlichen zuständig. Später übernahm sie in Warstein die Leitung eines Jugendzentrums von 2001 bis 2010.

Wie alles begann

Schon 1993 fand sie ihre politische Heimat bei den GRÜNEN. Damals war sie erst 18. Anlass für ihr Engagement sei die Diskussion über die Errichtung eines Frauenhauses im Kreis Olpe gewesen. „SPD und CDU argumentierten mit unterschiedlichen Ausflüchten, warum das Frauenhaus nicht gegründet werden könne. Und die GRÜNEN stellten einen Antrag im Kreistag. Das Frauenhaus wurde gegründet. Das hat mich beeindruckt“, erinnert sich Hanses. Danach wollte sie auch aktiv mitmischen. Und wie: Schon 1995 war sie Ratsmitglied in Lennestadt, wurde nebenher mit anderen Parteifreunden Gründungsmitglied der „Grünen Jugend“ und wurde schließlich nach einigen Parteiämtern auf der Karriereleiter Sprecherin des Bezirksverbands Westfalen im Jahr 2010. Im gleichen Jahr wurde Dagmar Hanses von ihrer Partei als Landtagskandidatin aufgestellt



und erlebte hautnah mit, welche Herausforderungen es in einer rot-grünen Minderheitsregierung gibt. „Das war aufregend, anstrengend und bereichernd“, erinnert sich die Abgeordnete. Sie will nicht ausschließen, dass nach der Landtagswahl im Mai SPD und GRÜNE womöglich wieder in einer Minderheitsregierung Verantwortung in Nordrhein-Westfalen übernehmen müssen.

Nach den derzeitigen Umfragen könnte es knapp für eine rot-grüne Mehrheit werden. Das liegt auch daran, dass die GRÜNEN derzeit wohl nicht mehr mit einem zweistelligen Stimmenergebnis rechnen können. Sie selbst wurde auf Platz 19 der GRÜNEN-Landesliste platziert, 2012 war sie noch auf Platz 17. 29 Abgeordnete zogen damals bei einem Stimmenanteil von 11,3 Prozent ins Parlament ein. „Ich bin aber sehr zuversichtlich, wieder in den Landtag gewählt zu werden“, sagt Dagmar Hanses. Eigentlich will sie keinen Gedanken daran verschwenden, dass sie in wenigen Wochen nicht mehr in der Rechts- und Jugendpolitik an ihren Projekten arbeiten könnte. „Ich liebe meine Arbeit“, sagt sie und man nimmt es ihr auch ab.

Als größten Erfolg in ihrer siebenjährigen Landtagszugehörigkeit bezeichnet sie den Kinder- und Jugendförderplan, den sie gemeinsam mit Koalitionskollegen von GRÜNEN und SPD habe durchsetzen können. Das Geld für diese Arbeit sei im Landeshaushalt erheblich aufgestockt worden. Und auch bürokratische Hindernisse für die ehrenamtliche Tätigkeit oder für freie Träger seien weitgehend abgebaut worden. In der Jugendpolitik will sie weiter an dem dicken Brett bohren, bei Landtagswahlen das Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen. Hanses sieht dies pragmatisch: „Jugendliche dürfen bereits jetzt ihren Oberbürgermeister wählen – warum also nicht auch Landtagsabgeordnete?“

Heinz Tutt

Kurz notiert

„Ein Stück von mir“

Durch Malerei Gefühle ausdrücken – diese Möglichkeit nutzt die Kunsttherapie, um krebskranken Kindern und Jugendlichen zu helfen. In der Ausstellung „Ein Stück von mir – Atelier Kinderkrebsstation“ zeigt der Landtag bis 7. April 2017 zusammen mit der Krebsstiftung NRW 30 Kunstwerke von Patientinnen und Patienten in Kinderkrebskliniken. Die Arbeiten sind Beispiele dafür, wie es mithilfe der Kunsttherapie gelungen ist, besser mit der Krankheit umzugehen. Die Ausstellung ist werktags von 9 bis 17 Uhr zu sehen. Um Anmeldung wird gebeten: (0211) 884-2943 oder veranstaltungen@landtag.nrw.de. An Wochenenden kann die Ausstellung ohne Anmeldung von 11 bis 17 Uhr besichtigt werden.

„Damenwahl“

„Damenwahl“ – so lautete der Titel einer Veranstaltung zum Internationalen Frauentag am 8. März 2017 im Landtag. Mehrere hundert Gäste waren in den Plenarsaal gekommen, um über aktuelle frauenpolitische Themen zu diskutieren. Zu der Veranstaltung hatten Landtagspräsidentin Carina Gödecke und die Düsseldorfer Bürgermeisterin Klaudia Zepuntke gemeinsam mit dem Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern der Landeshauptstadt eingeladen. Landtagspräsidentin Gödecke sagte in ihrer Begrüßung: „Die Feier des Internationalen Frauentags birgt die Verpflichtung, sich immer und überall für demokratische Werte und gegen ein Erstarken frauenfeindlicher Politik einzusetzen.“ Bei einer Podiumsdiskussion diskutierten die Abgeordneten Regina Kopp-Herr, Regina van Dinther, Josefine Paul, Angela Freimuth und Marc Olejak vom Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation.

Europas Jugend

Um Verbraucherpolitik in Europa ging es bei einem Jugendforum am 6. März 2017 im Landtag. Rund 100 Schülerinnen und Schüler aus Essen, Moers, Bocholt und Köln diskutierten mit Abgeordneten und widmeten sich den Themen Lebensmittelsicherheit, Umweltschutz sowie Digitaler Binnenmarkt. Veranstalter des Forums „Alles geregelt in Europa? Wir als Verbraucherinnen und Verbraucher im Europäischen Binnenmarkt“ waren das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland und der Landtag.

Gestorben

- 3.3. Dr. Fritz Schaumann (FDP/70)
MdL 1985-1988
- 7.3. Kurt Krebs (CDU/72)
MdL 1985 -1990



Strom tanken am Landtag

Am Landtag NRW kann ab sofort Strom getankt werden. Landtagspräsidentin Carina Gödecke nahm am 14. März 2017 gemeinsam mit Martin Giehl von den Stadtwerken Düsseldorf insgesamt acht Ladestationen offiziell in Betrieb. Vier der Ladestationen befinden sich auf dem Außengelände des Landtags und stehen der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die Arbeitsgruppe „Energievorbild Landtagsgebäude“, der Abgeordnete aller fünf im Landtag vertretenen Fraktionen angehören, hatte die Einrichtung der Ladestationen im Juli 2016 beschlossen. Nutzerinnen und Nutzer benötigen eine Tankkarte, die von den Stadtwerken Düsseldorf ausgegeben wird. Besucher des Landtags erhalten die Tankkarten auch am Empfang. Die Ladesäulen werden ausschließlich mit Ökostrom betrieben. Das Tanken ist bis auf Weiteres für Nutzerinnen und Nutzer kostenlos.

Foto: Schälte